

Handelsminister Dr. v. Spiznüller über den Donau-Oder-Kanal.

Am 17. d. M. wurde vom Handelsminister Dr. von Spiznüller eine Abordnung empfangen, die vom Bürgermeister der Stadt Wien Dr. Weiskirchner und dem Präsidenten des Zentralvereines für Fluß- und Kanalschiffahrt Dr. Ruz geführt wurde.

Die Deputation bestand aus folgenden Herren: Bürgermeister Regierungsrat Schnitzler (Gemeinde Brunn), Stadtrat Lustig (Gemeinde Brunn und Mährischer Gewerbeverein), Magistratsrat Dr. Müller (Wien), Landesauschuß Mayer (Niederösterreich), kaiserlichem Räte Grünfeld und Sekretär Dr. Lieblich (Handelskammer Brunn), Abg. Dr. v. Oberleithner (Handelskammer Olmütz), Kommerzialrat Epstein und Inspektor Bund (Handelskammer Kralau), kaiserlichem Räte Krause und Doktor Sonfa (Niederösterreichischer Gewerbeverein), Dr. Friedmann (Sektion Brunn des Bundes österreichischer Industrieller und Zweigverein für Mähren des Zentralvereines für Fluß- und Kanalschiffahrt), Oberbaurat Engelmann (Wasserwirtschaftsverband der österreichischen Industrie), kaiserlichem Räte Samel (Verein der Vollindustriellen Mährens).

Die Abordnung überreichte eine ausführliche Denkschrift, die von einem Ausschusse der genannten Körperschaften nach langen, im Niederösterreichischen Gewerbeverein durchgeführten Verhandlungen fertiggestellt worden war und die Forderung vertritt, daß die Regierung den Bau des Donau-Oder-Weichsel-Kanales mit einem Stichkanal nach Brunn und dem Anschluß an das deutsche Wasserstraßennetz mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln fördern möge. Die Notwendigkeit dieser Kanalbauten wurde im Laufe der Besprechung im Namen der autonomen Stadtverwaltungen von Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Bürgermeister Schnitzler, im Namen der industriellen Körperschaften von kaiserlichem Räte Krause (Niederösterreichischer Gewerbeverein) und im Namen der wasserwirtschaftlichen Fachvereinigungen vom Präsidenten Dr. Ruz betont. Hierbei wurde auf die allgemein-staatliche Bedeutung eines Donau-Oder-Weichsel-Kanales und die Gründe militärischer Natur, die für ihn sprächen, verwiesen, namentlich aber die Forderung nach einer billigeren Verfrachtung von Massengütern, Rohstoffen und Approvisionierungsartikeln hervorgehoben. Auch die Erfahrungen, die der Krieg auf diesem Gebiete gezeitigt hat, wurden eingehend besprochen. Von ganz besonderer Bedeutung sei jedoch diese Frage mit Rücksicht auf die künftige Gestaltung unseres wirtschaftlichen Verhältnisses zum Deutschen Reiche. Der von Deutschland beabsichtigte Bau eines Rhein-Donau-Kanales würde, wenn nicht gleichzeitig auch der Bau des Donau-Oder-Weichsel-Kanales erfolgte, unsere Sudetenländer vom Weltwirtschaftsverkehre ausschneiden und Wien viel von seiner Bedeutung als Hauptstapelplatz des ganzen Kanalsystems rauben. Finanzielle Bedenken gegen den Kanalbau könnten nicht ausschlaggebend sein, da diese Kosten nur einen bescheidenen Bruchteil der notwendigen Retablierungskosten bilden würden. Als Vertreter von Brunn, beziehungsweise Kralau, besprachen Dr. Friedmann und Kommerzialrat Epstein die Bedeutung des Brünner Stichkanales und dessen gleichzeitiger Bauführung und Betriebseröffnung mit dem Hauptkanal, beziehungsweise die Bedeutung der Verbindung der schlesischen Landesgrenze mit Kralau, wobei die Weiterführung des Kanales bis zum Dnjepr und die Fortführung der im Gebiete von Kralau für den Kanal bereits in Angriff genommenen Arbeiten gefordert wurde.

Der Handelsminister nahm die Ausführungen mit großem Interesse zur Kenntnis und erklärte, daß die besprochene Angelegenheit schon wiederholt den Gegenstand eingehender Beratungen der Regierung, und zwar auch während der Kriegszeit gebildet habe. Eine abschließende Stellungnahme der Regierung in dieser Frage sei auch dormalen nicht möglich. Die noch erforderlichen Vorbereitungsarbeiten für den Bau des Donau-Oder-Weichsel-Kanales mit einer Abzweigung nach Brunn würden jedoch, unpräjudizierlich der Entscheidung in der Hauptfrage, zeitgerecht durchgeführt werden. Der Handelsminister erörterte sodann im Detail die von der Abordnung zur Sprache gebrachten Gesichtspunkte und betonte, daß im allgemeinen nach dem Kriege jede wahrhaft produktive Aktion auf die volle Beachtung der Regierung zählen dürfe. Allerdings werde der Staatshaushalt nach dem Kriege mit größtmöglicher Sparsamkeit geführt werden müssen.